

Torfabbau: Gemeinde will mehr Einfluss

MOOR Rat und Verwaltung wollen grundlegende Fragen rund um die Rohstoffgewinnung geklärt haben

Ein Fünftel der Gemeinde ist Vorranggebiet für Torfabbau. Vor der Genehmigung weiterer Einzelabbauanträge sollte Grundsätzliches geklärt werden, fordern Politik und Verwaltung.

VON DORIS GROVE-MITTEWEDE

EDEWECHT – „Die Situation in der Gemeinde Edewecht ist – was den Torfabbau betrifft – mit vielen anderen Regionen Niedersachsens überhaupt nicht zu vergleichen“, sagt Bürgermeisterin Petra Lausch. Ein Fünftel des gesamten Gemeindegebietes, das heißt rund 20 Quadratkilometer, seien im Raumordnungsprogramm des Landes Niedersachsen als Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung (Torf) ausgewiesen. Dabei handele es sich jedoch nicht um große Flächen, sondern um viele kleine, die vor allem inmitten besiedelter Bereiche lägen, was massive Einwendungen der Anwohner nach sich zöge. Die Vorranggebiete für den Torfabbau lägen vor allem an den Verkehrsachsen der B 401 und der L 828 und den abzweigenden Gemeindestraßen. Drei bis vier Meter könnten diese Torfflächen, so die Bürgermeisterin, bis auf den mineralischen Grund abgebaut werden; das Interesse daran sei groß.

„Auswirkungen klären“

„Bevor immer mehr Einzelanträge für den Torfabbau durch den Landkreis genehmigt werden, fordern wir, grundsätzliche Auswirkungen des Torfabbaus zu klären. Rat und Verwaltung in Edewecht wollen und müssen wissen,



Nach dem Abbau von Torf sollen Moorflächen „renaturiert“, das heißt wieder der Natur überlassen werden, wie z.B. im großflächigen Lichenmoor bei Nienburg (Bild). Aufgeschüttet werden dürfen die Flächen nicht, aufgetragen wird lediglich die oberste Schicht der alten Moorfläche, die Bunkerde.

wie sich großflächiger Torfabbau mittel- und langfristig auswirkt und zwar zum Beispiel auf den Wasserhaushalt, auf Wohn- und Wirtschaftsgebäude, auf Straßenkörper, auf das komplette Landschaftsbild und das Kleinklima. Eine solch' detaillierte und umfangreiche Untersuchung können wir als Gemeinde nicht leisten“, so Lausch.

Ihre Forderungen und Einschätzungen zum Thema Torfabbau habe die Gemeinde auch schriftlich formuliert. Dieses Schreiben, so Lausch weiter, sei als Stellungnahme an das zuständige niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung gegangen, das derzeit das Landesraumord-

nungsprogramm ändern und ergänzen wolle. Eindringlich bitte man aus Edewecht darum, von Seiten des Ministeriums zu prüfen, ob die Festlegungen im Landesraumordnungsprogramm für die Rohstoffgewinnung in der Gemeinde Edewecht noch zeitgemäß und die eingeschränkten Einflussmöglichkeiten der Gemeinde auf den Torfabbau noch verhältnismäßig seien.

„Immer stärkere Probleme“

„Wir sind nicht grundsätzlich gegen Torfabbau, Rohstoffgewinnung hat einen hohen Stellenwert, gleichwohl sehen wir aufgrund der immer stärker steigenden Zahl von Abbauanträgen, dass die ungesteuerte Rohstoffgewin-

nung in der Gemeinde zu immer stärkeren Problemen führt“, ergänzt Edewechts Baumamtsleiter Wilfried Kahlen. In den vergangenen Jahren hätten Torfunternehmen lediglich Weißtorf bis 80 Zentimeter vor allem auf großen Flächen abgebaut; heute wollten Firmen auf kleinen Flächen (den etwa zehn Hektar großen Kolonaten) Schwarztorf gewinnen, der Abbautiefen von drei bis vier Metern aufweise.

„Im Grunde haben wir beim Thema Torfabbau nichts zu sagen“, stellt Wolfgang Seeger, CDU-Fraktionsvorsitzender im Edewechter Rat, fest. Das Landesraumordnungsprogramm lege fest, welche Flächen Vorranggebiet für Torfabbau seien, der Land-

kreis sei zuständige Genehmigungsbehörde für die einzelnen Abbauvorhaben. Wir als Gemeinde könnten zwar die zeitliche Abfolge des Torfabbaus steuern, ansonsten sind uns die Hände gebunden, wir können Vorrangflächen nicht anderweitig beplanen. Wir wollen mehr Mitspracherecht und dass die Auswirkungen des starken Torfabbaus untersucht werden.“

Unterstützung gefordert

Das fordern auch alle anderen Fraktionen im Rat. „Ein großflächiger Torfabbau bis auf den mineralischen Untergrund in großen Teilen der Gemeinde schädigt nicht nur Straßen, Wohnsiedlungen, Pflanzen und Tierwelt, sondern zerstört nachhaltig unsere Kulturlandschaft“, so SPD-Fraktionssprecher, Dr. Hans Fittje. „Wir haben zwar langjährige Erfahrungen mit Torfabbau, aber bislang gab es nur geringe Abbautiefen, das ändert sich jetzt radikal“, so FDP-Fraktionssprecher Rolf Kaptein. „Wir benötigen Unterstützung weil wir eine Untersuchung der Auswirkungen des Torfabbaus nicht leisten können.“ Thomas Apitzsch (UWG) und Jack Morin (Grüne) weisen darauf hin, dass die Torfwirtschaft keine nachhaltige Wirtschaft sei und Alternativen zum Torf gesucht werden müssten. Viele Probleme entstünden durch den großflächigen Torfabbau und das besonders neben Siedlungen. Fraglich sei auch, ob kleine abgetorfte Flächen sinnvoll renaturiert werden könnten oder nicht zu „Sumpflöchern“ neben Siedlungen würden. Außerdem könne die Landwirtschaft, so Apitzsch, die um Flächen verlegen sei, abgetorfte Gelände nicht mehr nutzen.

BILD: DPA